



Presseschau vom 19.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **Westen in Afghanistan komplett gescheitert? Warum Kabul kampflos an Taliban fiel – Konfliktforscher**

Vom Scheitern des Westens in Afghanistan ist die Rede, nachdem die Taliban* Kabul eingenommen haben. Die Schuld dafür sieht US-Präsident Biden bei der afghanischen Armee, die nicht bereit gewesen sei, „für sich selbst“ zu kämpfen. Das kritisiert Konfliktforscher Massarrat und spricht im SNA-Interview von der Rolle der Rüstungskonzerne. ... <https://snanews.de/20210818/warum-kabul-kampflos-an-taliban-fiel-3271702.html>

Gert Ewen Ungar: **Verlorene Kriege: Deutschland und die westliche Allianz**

Die Bilder aus Afghanistan werden im kollektiven Gedächtnis bleiben. Sie sind Symbol für den schwindenden Einfluss des Westens. Auch Deutschland sollte seine Politik und das Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis angesichts der steigenden Zahl der verlorenen Kriege überprüfen. ... <https://kurz.rt.com/2mmz>

de.rt.com: **Die Kosten der Katastrophe – Wie teuer war der Afghanistan-Einsatz wirklich?**

Nach zwanzig Jahren Beteiligung am Hindukusch kamen die letzten Bundeswehrsoldaten ohne großen Bahnhof nach Deutschland zurück. Neben der politisch fragwürdigen Motivation

und den verlorenen Menschenleben bleibt noch eine Frage: Wie teuer war der Einsatz? ...

<https://kurz.rt.com/2mob>

de.rt.com: RT DE erzielt Erfolg vor Gericht: Springerblatt "Die Welt" darf keine Falschaussagen mehr machen

Ein Beitrag in der "Welt" beschäftigte sich kürzlich mit dem Thema Desinformation. Schuld seien "Putins Propaganda-Trolle". Der Autor ist sich dabei nicht zu schade, längst widerlegte Falschaussagen gegen RT anzuführen. Ein Fall fürs Gericht - und zwar mit Erfolg, wie sich jetzt zeigte. ...

<https://kurz.rt.com/2maa>

abends/nachts:

de.rt.com: Gewaltsamen Sturz der Regierung geplant: FSB hebt Islamisten-Zelle auf der Krim aus

Im Laufe eines Sondereinsatzes in der russischen Teilrepublik Krim hat der Inlandsgeheimdienst FSB eine verdeckte Zelle der internationalen Islamistenbewegung Hizb ut-Tahrir (HuT) zerschlagen. Zwei Führungsmitglieder und drei aktive Anhänger des Netzwerkes wurden festgenommen.

Nach Angaben des FSB-Pressedienstes sollen die HuT-Sympathisanten verfassungswidrige Tätigkeiten geführt haben, der "die Doktrin der Schaffung eines sogenannten 'weltweiten Kalifats' und der Auflösung von Instituten einer säkularen Gesellschaft" zugrunde lägen. Diese haben auf einen "gewaltsamen Sturz der amtierenden Regierung" abgezielt, hieß es in der Mitteilung.

Im Laufe ihrer konspirativen Versammlungen sollen die Anhänger der Untergrundbewegung unter den Einwohnern der Region eine terroristische Ideologie verbreitet sowie die einheimischen Muslime für die Gruppierung rekrutiert haben.

Bei den Durchsuchungen des Unterschlupfes der Islamisten wurden zahlreiche in Russland verbotene propagandistische Schriften der HuT, Kommunikationsmittel und elektronische Datenträger sichergestellt.

Der Sondereinsatz wurde unter Einbeziehung der Einheiten des russischen Innenministeriums und der russischen Nationalgarde durchgeführt. Gegen die dringend Tatverdächtigen wurden Strafverfahren eingeleitet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611ccc2f48fbef7587368d51.jpg>

snews.de: Merkel telefoniert mit usbekischem Präsidenten zur Lage in Afghanistan

Nach Angaben der Präsidentsverwaltung in Taschkent haben sich Bundeskanzlerin Merkel und Usbekistans Präsident Mirsijojew in einem Telefonat darauf verständigt, die

Evakuierungsflüge aus Afghanistan über usbekisches Gebiet in enger Abstimmung fortzuführen. Deutschland nutzt die zentralasiatische Ex-Sowjetrepublik als Drehkreuz. Beim Telefonat von Angela Merkel und Schawkat Mirsijojew am heutigen Mittwoch sei die Lage in Afghanistan das bestimmende Thema gewesen, heißt es in einer Mitteilung auf der Website der usbekischen Präsidentschaftsverwaltung. Beide Seiten hätten betont, wie wichtig es sei, eine Eskalation der ohnehin angespannten Lage und der Gewalt in Afghanistan zu verhindern. Es gelte, mit internationaler Unterstützung eine politische Regelung des Afghanistan-Konflikts zu finden.

In Bezug auf die deutschen Evakuierungsflüge über usbekisches Territorium seien beide Seiten sich darüber einig gewesen, dass es bei der Fortsetzung der Flüge auf die weiterhin enge Abstimmung und aktive Kooperation der Behörden ankomme.

Deutschland nutzt das an Afghanistan angrenzende Usbekistan als Drehkreuz. Dort landen Bundeswehr-Maschinen aus Kabul, bevor Chartermaschinen Menschen aus mehreren Ländern weiter nach Deutschland fliegen. Laut DPA hat Usbekistan für solche Flüge inzwischen auch seinen Flughafen Navoi im Süden des Landes freigegeben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0d/3215071_0:33:1843:1070_1920x0_80_0_0_6d9eefaf4e0770ff09c451d3f2577b22.jpg

de.rt.com: **Berichte: USA frieren Afghanistans Staatsreserven ein**

Nach der Machtübernahme der Taliban hat Washington Berichten zufolge Vermögen der afghanischen Zentralbank auf US-Konten eingefroren. Damit verbleiben den Taliban laut dem ehemaligen afghanischen Zentralbankchef nur begrenzte Geldreserven.

Die US-Regierung hat laut Berichten Konten bei US-amerikanischen Banken eingefroren, auf denen sich ein Teil der nationalen Reserven Afghanistans befinden. Das berichtete die Washington Post unter Berufung auf eine anonyme Quelle in der US-Regierung. Damit habe Washington den Taliban den Zugang zu den von der Vorgängerregierung hinterlassenen Finanzen abgeschnitten. Die Entscheidung sei von der US-Finanzministerin Janet Yellen und Beamten des Büros für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte des Finanzministeriums getroffen worden. Die Zeitung zitierte den anonymen US-Beamten:

"Alle Vermögenswerte der afghanischen Zentralbank in den Vereinigten Staaten werden den Taliban nicht zur Verfügung gestellt."

Das Einfrieren von Vermögenswerten wurde Berichten zufolge im Rahmen der Sanktionen gegen die Taliban nach den Anschlägen vom 11. September 2001 durchgeführt.

Daten des Internationalen Währungsfonds zeigen, dass die nun entmachtete afghanische Regierung im April 2021, also vor der Taliban-Offensive, über 9,4 Milliarden US-Dollar an nationalen Reserven verfügte. Es ist jedoch unklar, wie viel davon auf Konten von US-Banken lagen. Washington hat der afghanischen Regierung außerdem jährlich drei Milliarden

US-Dollar an Finanzhilfe zukommen lassen – eine Praxis, die mit der Machtübernahme durch die Taliban wahrscheinlich ebenfalls eingestellt werden wird.

Ajmal Ahmad, der ehemalige Chef der Zentralbank Afghanistans, schrieb auf Twitter, dass die Bank in der letzten Woche – noch vor der Machtübernahme der Taliban – über 9 Milliarden US-Dollar verfügte, von denen 7 Milliarden bei der US-Zentralbank in diversen Formen (Staatsanleihen, Gold, Bargeld) lagerten, weitere 1,3 Milliarden auf internationalen Konten sowie 700 Millionen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Aufgrund des großen Leistungsbilanzdefizits Afghanistans wäre die Bank auf regelmäßige Bargeldlieferungen angewiesen gewesen. Aufgrund der sich über die letzten Wochen dramatisch verschlechternden Sicherheitslage wäre die Mehrzahl dieser Lieferungen abgesagt worden, sodass derzeit in Afghanistan kaum noch Bargeld vorhanden wäre. Von den Reserven in Höhe von 9 Milliarden US-Dollar würden den Taliban etwa 100 bis 200 Millionen US-Dollar zur Verfügung stehen.

Er erwarte, dass der Kurs der afghanischen Währung jetzt fallen und die Inflation steigen wird, was vor allem den Armen schaden werde, da auch die Lebensmittelpreise steigen werden.

Weder die USA noch andere Länder haben bisher die Taliban als neue Regierung Afghanistans anerkannt. Der Sprecher des US-Außenministeriums stellte fest, dass es trotz der Behauptungen der Bewegung keine "formelle Machtübergabe an die Taliban" gegeben hätte. Der afghanische Präsident Aschraf Ghani floh aus dem Land, ohne offiziell zurückzutreten, während sich Vizepräsident Amrullah Saleh in Abwesenheit von Ghani zum amtierenden Präsidenten Afghanistans erklärt hatte.

de.rt.com: **Tschechischer Präsident Zeman nach Afghanistan-Debakel: Legitimation der NATO steht auf dem Spiel**

Miloš Zeman hat gegenüber einer Zeitung in Prag von einem "dramatischen Scheitern" des von den USA geführten Militärbündnisses in Afghanistan gesprochen. Dabei habe er den "Krieg gegen den islamistischen Terror" unterstützt. Er fordert, den Terrorismus als Feindbild anzuerkennen.

Der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman hat am Dienstag das Scheitern der NATO in Afghanistan zum Anlass genommen, das Bündnis daran zu gemahnen, dass der "internationale Terrorismus" sein Feind ist. Der Zeitung Parlamentní listy gegenüber sprach er von einem "dramatischen Scheitern" des von den USA geführten Militärbündnisses in Afghanistan.

Er erklärte weiter, dass er den Krieg in Afghanistan unterstützt hatte, denn er teile die Mission, den "islamistischen Terror" zu besiegen. Das habe er sowohl gegenüber Donald Trump als auch Joe Biden zum Ausdruck gebracht. Auf Gipfeltreffen der NATO habe er den schnellen Rückzug als Ausdruck von "Feigheit" kritisiert.

Zeman ging auch auf eine Äußerung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ein, der im November 2020 die NATO aufforderte, ihren Fokus von Russland und China abzuwenden. Der internationale Terrorismus sei der "gemeinsame Feind aller Nationen". Bereits im Juni 2021 hatte der tschechische Präsident davor gewarnt, dass die Taliban Afghanistan erneut zu einem "Zentrum des Terrors" machen könnten. Jetzt sprach Zeman davon, dass nach dem Abzug die Legitimität der NATO auf dem Spiel stehe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611d16a2b480cc42285431a1.jpg>

snanews.de: **Jahrestag des Falls Nawalny: Russisches Außenministerium spricht von geplanter Provokation**

Am 20. August 2020 war der Kreml-Kritiker Alexej Nawalny während eines Flugs zusammengebrochen. Anlässlich des baldigen Jahrestags dieses Vorfalls hat sich das russische Außenministerium dazu geäußert und die damaligen Geschehnisse um den Blogger als eine geplante Provokation bezeichnet.

Die Beamten glauben, der Westen habe Moskau dadurch international diskreditieren wollen.

„Gleichzeitig zeigen die Maßnahmen der BRD-Behörden und ihrer Verbündeten in den letzten zwölf Monaten eindeutig, dass eine geplante Provokation gegen unser Land durchgeführt wurde, um die Russische Föderation in den Augen der Weltgemeinschaft zu diskreditieren und ihren nationalen Interessen zu schaden“, hieß es in einer Erklärung der russischen Behörde am Mittwoch.

Westen vermutet Giftanschlag

Nawalny war im August 2020 in ein Krankenhaus in Omsk gebracht worden, nachdem er sich beim Flug von Tomsk nach Moskau schlecht gefühlt hatte. Die Ärzte stellten bei ihm eine Stoffwechselstörung fest, die eine Zuckerspiegeländerung im Blut auslöste. Nach Angaben der Omsker Ärzte wurde weder im Blut noch im Urin des Patienten Gift nachgewiesen.

Nawalny wurde später nach Deutschland ausgeflogen. Die Bundesregierung erklärte damals mit Verweis auf Militärmediziner, dass er mit einer Substanz der Nowitschok-Reihe vergiftet worden sei.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte im Dezember vergangenen Jahres, zum Fall mit der „Vergiftung“ laufe eine Untersuchung, doch ein Strafverfahren könne ohne Sachmaterialien nicht eingeleitet werden. Dabei würden die Bitten Russlands, ein offizielles Gutachten zu diesem Zwischenfall zur Verfügung zu stellen, vom Westen ignoriert.

Der Kremlkritiker, dessen frühere Bewährungsstrafe wegen Unterschlagung von Geldmitteln des Unternehmens Yves Rocher durch eine reale Freiheitsstrafe ersetzt wurde, sitzt derzeit in einer Arbeitskolonie ein. Grund dafür ist, dass Nawalny gegen die Auflagen für seine Bewährungsstrafe verstoßen hatte.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/06/1992783_0:144:3130:1905_1920x0_80_0_0_6a822cee1e8298d23fa25dafa9c69360.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. August 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. August 3:00 Uhr bis 19. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination sechs Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die Ortschaften: **Dolomitnoje, Krutaja Balka, Shabunki, Belaja Kamenka, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 48.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Bericht: Möglicher Schallangriff auf US-Diplomaten in Deutschland

Mehrere US-Diplomaten sollen in Berlin Ziel eines Schallwaffenangriffs geworden sein. Mindestens zwei Vertreter der USA in Deutschland haben sich offenbar wegen Anzeichen des sogenannten Havanna-Syndroms in medizinische Behandlung begeben.

Mindestens zwei US-Diplomaten in Deutschland haben sich offenbar wegen Anzeichen des sogenannten Havanna-Syndroms in medizinische Behandlung begeben. Das berichtete das Wall Street Journal am Mittwoch unter Berufung auf namentlich nicht genannte US-Diplomaten. Die US-Botschaft habe die deutsche Regierung nicht benachrichtigt, da sie noch

interne Ermittlungen durchführe, sagte ein US-Diplomat.

Die Symptome, zu denen Übelkeit, starke Kopfschmerzen, Ohrenschmerzen, Müdigkeit, Schlaflosigkeit und Trägheit gehörten, traten in den letzten Monaten auf. Einige Opfer waren nach Angaben der US-Diplomaten "arbeitsunfähig". Es sind die ersten Fälle, die in einem NATO-Land gemeldet werden, in dem US-Truppen und Atomwaffen stationiert sind, so das Wall Street Journal.

US-Diplomaten sagten, dass ähnliche Vorfälle bei US-amerikanischen Beamten, die in anderen europäischen Ländern stationiert sind, registriert worden seien. Sie lehnten es jedoch ab, Einzelheiten zu nennen.

Einige Opfer sollen Geheimdienstler oder Diplomaten gewesen sein, die an "russlandbezogenen" Themen wie "Gasexporten, Cybersicherheit und politischer Einmischung" gearbeitet hätten, behaupteten US-Diplomaten und Personen, die mit der Untersuchung der Krankheit vertraut sind.

Es wird spekuliert, dass Mikrowellenwaffen die Beschwerden ausgelöst hätten. Die USA äußerten bereits den Verdacht, dass die Betroffenen mit Funkfrequenzen angegriffen worden seien.

Einige Opfer im US-Außenministerium sollen eine informelle Selbsthilfegruppe gegründet haben, weil die mutmaßlich Betroffenen glauben, dass die US-Regierung zwar Pflege und andere Unterstützung leiste, aber weiterhin nicht ihren Zustand anerkennt und keine angemessenen Maßnahmen zum Schutz der ins Ausland entsandten Regierungsbeamten ergriffen habe.

Ein Sprecher des Außenministeriums antwortete nicht auf eine detaillierte Anfrage zu den Vorfällen und verwies auf sensible, laufende Ermittlungen. Er fügte jedoch hinzu, die Angelegenheit habe für Außenminister Antony Blinken oberste Priorität.

Laut einer Spekulation, die von US-Regierungskreisen als wahrscheinlichstes Szenario beschrieben wird, könnte das betroffene Botschaftspersonal von russischen Geheimdienstlern angegriffen worden sein.

Um einen Kommentar gebeten, wies die russische Botschaft in Berlin auf Äußerungen eines hochrangigen Beamten hin, der Anfang des Monats die Vorwürfe einer russischen Beteiligung über einen ähnlichen Vorfall zurückwies, nachdem Mitarbeiter der US-Botschaft in Wien mutmaßlich am Havanna-Syndrom erkrankt waren.

"Im Großen und Ganzen produziert die russophobische Propagandamaschinerie weiterhin gefälschte Geschichten", sagte Alexander Bikantow, stellvertretender Direktor der Presseabteilung des russischen Außenministeriums.

Erst im April hatten zwei Meldungen aus den USA für Aufsehen gesorgt. Damals wurden zwei Regierungsbeamte in Washington plötzlich krank: ein US-Beamter aus dem Umfeld des Nationalen Sicherheitsrats sowie eine Mitarbeiterin des Weißen Hauses. Mitte Juli klagten auch US-Diplomaten in Wien über Kopfschmerzen und Übelkeit. Als Havanna-Syndrom werden Beschwerden wie Kopfschmerzen und Übelkeit unbekannter Ursache bezeichnet. Seit das Syndrom 2016 erstmals in der kubanischen Hauptstadt Havanna auftrat, haben weltweit Dutzende Diplomaten darüber geklagt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611d1dcb48fbef760f72d606.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. August um 9:00 Uhr 7997 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 6377 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 747 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 18. August wurden in der DVR 1348 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 257 positiv, bei 19 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 19. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 53.086 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 5544 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 43.648 als gesund entlassen, es gibt 3894 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 209 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 21 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 136 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2123 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 932 mit Sauerstoffunterstützung (+66 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Nach der Flucht: Präsident Ghani will nach Afghanistan zurück, um „Gerechtigkeit“ herzustellen**

Der geflohene afghanische Präsident Ashraf Ghani hat sich über die sozialen Netzwerke an die Nation gewendet und erklärt, er wolle in naher Zukunft nach Afghanistan zurückkehren, um allen Staatsangehörigen „Gerechtigkeit“ zu gewährleisten.

„Ich berate mich mit anderen, bis ich zurückkehre, damit ich meine Bemühungen um Gerechtigkeit für die Afghanen fortsetzen kann“, teilte Ghani am Mittwoch via Facebook mit. Er betonte, er habe sich entschieden, seine Landsleute zu verlassen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und eine „große Katastrophe“ abzuwenden, als die Taliban ihr Versprechen brachen, am Wochenende nicht in Kabul einzumarschieren. Ghani sagte, er werde die Ereignisse, die zu dieser Entscheidung führten, zu einem späteren Zeitpunkt erläutern.

Ghani nutzte außerdem die Gelegenheit, um frühere Berichte zu entkräften, wonach er das zentralasiatische Land mit Millionen im Schlepptau verlassen hätte. Laut dem im Exil lebenden Präsidenten sind solche Behauptungen völlig falsch und unbegründet. „Sie sind Lügen“, sagte Ghani in seiner Ansprache.

Zudem begrüßte der Politiker die Gespräche zwischen Taliban-Vertretern und dem ehemaligen afghanischen Präsidenten Hamid Karzi. Der hatte vor kurzem angekündigt, eine Koalitionsgruppe ins Leben zu rufen, um den Frieden im Land zu sichern. „Ich hoffe, dass wir dies in den kommenden Tagen überwinden und Afghanistan Frieden und Stabilität erleben wird“, kommentierte Ghani die aktuellen Entwicklungen in seinem Land.

Im Exil

Laut früheren Berichten war Präsident Ashraf Ghani am Sonntag mit großen Geldsummen aus Afghanistan geflohen. Der Betrag belief sich einigen Spekulationen zufolge auf etwa 169 Millionen Dollar. Zunächst wurden Tadschikistan und Usbekistan als seine Aufenthaltsorte angegeben, bevor das Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate am Mittwoch bestätigte, dass Ghani und seiner Familie die Einreise in das Land aus „humanitären Gründen“ gestattet wurde.

Am Dienstag hatte der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten Biden, Jake Sullivan, während eines Pressebriefings mitteilt, dass der ehemalige afghanische Präsident „kein Faktor“ mehr in Afghanistan sei, weil er aus dem Land geflohen sei. Die Aussagen wurden am Mittwoch von der stellvertretenden US-Außenministerin Wendy Sherman bekräftigt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/13/3279475_0:0:3641:2048_1920x0_80_0_0_51d747a463070e7444766d8355a10cc7.jpg

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat Schachtjorsk anlässlich des Tags der Stadt den Ehrenrang einer „Stadt des militärischen Ruhms“ verliehen.

Schachtjorsk wurde 1764 gegründet, es befindet sich im Osten der DVR. Ende Juli 2014 wurden in der Stadt und in den umliegenden Ortschaften, die zuvor zu dem gleichnamigen Bezirk gehörten, Kriegshandlungen entfacht. Sie dauerten 2,5 Wochen, die Beschüsse des Bezirks bis Februar 2015, solange die Kräfte der DVR und der LVR nicht eine große Gruppierung der ukrainischen Streitkräfte im „Kessel“ von Debalzewo eingekreist hatten. Nach Angaben des Bürgermeisteramts von Schachtjorsk starben in der Zeit des Konflikts etwa 100 zivile Einwohner und mehr als 50 Militärangehörige, etwa 60 Menschen sind vermisst. Infolge von Beschuss wurden Dutzende von Häusern, Infrastrukturobjekten und Verwaltungsgebäuden zerstört.

de.rt.com: Taliban wollen Regierungsrat installieren – und umwerben Soldaten und Piloten

Einem Bericht der Nachrichtenagentur "Reuters" zufolge wollen die Taliban in Afghanistan einen Regierungsrat installieren. Der oberste Taliban-Führer Hibatullah Achundsada solle dem Rat übergeordnet werden. Für ein demokratisches System sehen die Taliban in Afghanistan keine Grundlage.

Wahidullah Hashimi, ein am Entscheidungsprozess der Taliban beteiligter Verantwortlicher, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass sich die Taliban auch an ehemalige

Piloten und Soldaten der afghanischen Streitkräfte wenden, damit diese sich dem neuen System anschließen. Laut Reuters bleibe jedoch abzuwarten, wie erfolgreich die Rekrutierung verlaufen werde, da in den letzten 20 Jahren Tausende von Soldaten von den Taliban-Kämpfern getötet wurden. Bis vor Kurzem nahmen die Taliban der Nachrichtenagentur zufolge zudem von den USA ausgebildete afghanische Piloten ins Visier, da diesen im Konflikt eine Schlüsselrolle zukam.

Hashimi gab in seinem Gespräch mit Reuters auch einen Ausblick, wie die neue Staatsform in Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban aussehen könne. Sie werde demnach ähnlich aussehen, wie jene, die schon zwischen 1996 und 2001 von den Taliban installiert worden war. Damals hielt sich der oberste Führer Mullah Omar im Hintergrund und überließ einem Regierungsrat die Führung des Landes. Laut Hashimi werde Taliban-Führer Hibatullah Achundsada vermutlich eine Rolle über dem Vorsitzenden des Rates einnehmen – vergleichbar mit der Funktion eines Präsidenten.

Der oberste Führer der Taliban hat drei Stellvertreter: Mullah Mohammadi Yaqoob (Jakub) als ältester Sohn von Mohammed (Mullah) Omar, Siradschuddin Haqqani, Führer des mächtigen militanten Haqqani-Netzwerks, und Abdul Ghani Baradar, der das politische Büro der Taliban in Doha leitet und zu den Gründungsmitgliedern der Gruppe gehört. Viele Fragen bezüglich der Art und Weise, wie die Taliban Afghanistan regieren werden, seien jedoch noch nicht endgültig geklärt, so Hashimi weiter. Aber eines sei klar: Afghanistan werde keine Demokratie sein. "Es wird überhaupt kein demokratisches System geben, weil es in unserem Land keine Grundlage hat", sagte Hashimi.

"Wir werden nicht darüber diskutieren, welche Art von politischem System wir in Afghanistan anwenden sollten, denn es ist klar. Es ist die Scharia und damit basta."

Er werde an einem Treffen der Taliban-Führung teilnehmen, auf dem Fragen der Staatsführung im Laufe dieser Woche erörtert werden sollen. Zur Rekrutierung von Soldaten und Piloten, die für die gestürzte afghanische Regierung gekämpft haben, sagte Hashimi, die Taliban würden planen, eine neue nationale Truppe aufzustellen, die sowohl ihre eigenen Mitglieder als auch Regierungssoldaten, die sich ihnen anschließen wollten, umfassen würde. "Die meisten von ihnen haben eine Ausbildung in der Türkei, Deutschland und England absolviert. Wir werden also mit ihnen reden, damit sie auf ihre Positionen zurückkehren", und Hashimi ergänzte:

"Natürlich werden wir einige Änderungen vornehmen, einige Reformen in der Armee durchführen, aber wir brauchen sie trotzdem und werden sie auffordern, sich uns anzuschließen."

Laut Hashimi bräuchten die Taliban vor allem Piloten, weil sie keine hätten und während ihrer blitzartigen Eroberung des Landes nach dem Abzug der ausländischen Truppen Hubschrauber und andere Flugzeuge auf verschiedenen afghanischen Flugplätzen beschlagnahmt hätten.

"Wir haben Kontakt zu vielen Piloten", erklärte Hashimi. "Und wir haben sie gebeten, zu kommen und sich ihren Brüdern und ihrer Regierung anzuschließen. Wir haben viele von ihnen angerufen und sind auf der Suche nach Nummern (anderer), um sie anzurufen und sie zu ihrer Arbeit einzuladen."

Die Taliban erwarteten von den Nachbarländern zudem die Rückgabe von Flugzeugen, die auf fremdem Territorium gelandet wären – eine Anspielung auf die 22 Militärflugzeuge, 24 Hubschrauber und Hunderte von afghanischen Soldaten, die am Wochenende nach Usbekistan geflohen waren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611dfef548fbef54df1ec4e1.jpg>

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat die Volksmiliz der LVR angewiesen, militärische Übungen durchführen, an der 1000 Reservisten teilnehmen.

nachmittags:

de.rt.com: **Gestern Saigon, heute Kabul, morgen Kiew? – Afghanistan als Lehre für die Ukraine**

Im Jahr 2012 haben die USA Afghanistan den Status eines wichtigen Verbündeten außerhalb der NATO zugestanden. Neun Jahre später verlässt die US-Armee fluchtartig das Land und hinterlässt ihren Gegnern teure Militärtechnik. Was bedeutet das für ukrainische Bestrebungen, NATO-Mitglied zu werden?

In wenigen Tagen feiert die Ukraine den 30. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Die Feierlichkeiten scheinen durch die Ereignisse in Kabul überschattet zu werden. "Gestern Saigon, heute Kabul, morgen Kiew" – so oder ähnlich kommentieren viele ukrainische Internetnutzer in den sozialen Medien den fluchtartigen Abzug der USA aus Afghanistan. Doch auch viele Journalisten und Politiker äußern sich ähnlich. Die möglichen Lehren für die Ukraine aus dem Scheitern des längsten und wohl teuersten ausländischen Militäreinsatzes der USA sind in der Ukraine seit Tagen das außenpolitische Thema Nummer eins.

Befeuert wurde die Diskussion auch durch ein [Video](#), das ukrainische Ex-Militärangehörige aus dem von der Taliban besetzten Kabul posteten. Sie filmten in einer von der US-Armee verlassenen Militärbasis, wie Taliban-Kämpfer Häftlinge aus einem nahegelegenen Gefängnis freilassen. "Mit uns ist nun Schluss", sagte einer von ihnen. Wie sich später herausstellte, haben die US-Amerikaner zwölf ukrainische Sicherheitsleute und weiteres Personal aus anderen Staaten auf der Basis zurückgelassen.

"Jeder Verbündete – Taiwan, die Ukraine, die baltischen Staaten, Israel, Japan – wird die Lehre daraus ziehen, dass er im Angesicht seiner Feinde auf sich allein gestellt ist." So [bewertete](#) ein Kolumnist der New York Times die Situation mit den US-Verbündeten außerhalb der NATO nach dem Skandal-Abzug. Dieses Problems ist man sich in Washington offenbar durchaus bewusst. So widmete auch der US-Sender donbassrealii, der zum staatlichen Medien-Netzwerk Radio Free Europe/Radio Liberty gehört, eine ganze Sendung der Frage: "Biden hat Afghanistan verlassen – wird er auch die Ukraine verlassen?"

Die ausgewählten Experten – jene, die mit der These des Senders, die Ukraine befinde sich in einem Krieg mit Russland, einverstanden sind – versuchten, die Situation als Normalfall zu bewerten. Der Abzug aus Vietnam im Jahr 1975 habe die Bedeutung der USA als Supermacht

nicht verringert. Der Abzug aus Afghanistan sei zudem gar keine Niederlage, sondern ein notwendiger Schritt, den Ballast auf die Schultern der anderen Mächte zu übertragen. Die These über den Ansehensverlust der USA werde nun ein russisches Narrativ sein. Damit die US-Amerikaner nicht ihr Interesse an der Ukraine verlieren, müsse die Ukraine für die USA ein interessanter Verbündeter bleiben und ihren amerikanischen Partnern für sie vorteilhafte Projekte anbieten. Auch Korruption müsse besser bekämpft werden.

Ukrainische Politiker aus dem sogenannten national-patriotischen Lager gehen davon aus, dass die Ukraine nun bereit sein müsse, sich allein gegen einen "Angriff Russlands" zu verteidigen. So wies der einflussreiche Rada-Abgeordnete Borislav Berjosa darauf hin, dass Afghanistan seit 2012 im Unterschied zur Ukraine ein wichtiger Verbündeter der USA außerhalb der NATO sei.

"Das hat nicht geholfen. Wir müssen also unsere Armee aufbauen, ihre Schlagkraft und Stärke erhöhen, unsere Sicherheitsdienste verbessern, indem wir sie von russischen Agenten und einheimischen Dieben säubern, und uns auf die Rückgabe von Gebieten nach kroatischem oder aserbajdschanischem Vorbild vorbereiten, falls die Diplomatie versagt. Ich bin sicher, dass sich eine solche Gelegenheit ergeben wird. Darauf sollte man vorbereitet sein. Genauso wie wir darauf vorbereitet sein sollten, die Ukraine gegen einen neuen Angriff Russlands zu verteidigen", schrieb er in einem Artikel.

Die einzige oppositionelle Rada-Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" vertritt eine gänzlich andere These. Sie geht fest davon aus, dass die Ukraine aus den USA "ferngesteuert" werde. Der Politiker Ilja Kiwa sieht das US-Kader in der Ukraine schon bald – wie die Afghanen heute – an das Fahrwerk eines US-Fliegers klammern.

"Das gesamte Programm des Landes basiert auf der 'Unterstützung' der USA. Bislang hat Amerika die Ukraine genauso im Stich gelassen wie Afghanistan. Die Bilder, die wir heute vom Flughafen in Kabul sehen, sind in Wirklichkeit die Zukunft der Ukraine, wenn diejenigen, die dem US-Regime gedient, die Interessen ihres Landes aufgegeben und die Wirtschaft zerstört haben, fliehen und sich an das Fahrwerk davonfliegender US-Militärflugzeuge klammern werden", sagte er dem Nachrichtenportal Strana.ua.

Nach dem Verbot dreier mit der Opposition verbundener Fernsehkanäle bleibt Strana.ua eines der wenigen bekannten regierungskritischen Medien im Land. Der Chef-Redakteur des Portals Igor Guschwa sieht in den Ereignissen in Kabul ein starkes mahnendes Signal an die ukrainische Politik. "Das Filmmaterial (vom Kabuler Flughafen) zeigt ganz deutlich: Den Amerikanern kann man nicht trauen. Die Amerikaner werden abhauen. Es gibt keine Hoffnung für die Amerikaner", schrieb er auf Facebook.

Das politische Hauptgeschäft der Ukraine in den letzten sieben Jahren sei der Verkauf von Problemen für Russland gewesen. Damit müsse jetzt Schluss sein, so Guschwa. Dies sei nun nicht mehr rentabel – und hochgefährlich.

"Und zumindest eine Lehre aus den Ereignissen in Afghanistan sollten die ukrainischen Behörden unbedingt ziehen. Sie sollten sich unter keinen Umständen an den Provokationen beteiligen, die von der Kriegspartei im Westen zusammen mit der Kriegspartei in der Ukraine gegen Russland ausgearbeitet werden", schrieb er.

Unabhängig davon, welche Lehre aus dem US-Abzug aus Kabul konkret gezogen wird, die lebhafteste Diskussion darüber, die quer durch alle ukrainischen Medien geführt wird, macht eines deutlich: Die Ukraine sieht sich als ein Satellitenstaat der USA. Diese Tatsache wird in jede politische Debatte einkalkuliert – auch am Tag der Unabhängigkeit.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611d1e8b48fbef791017482a.jpg>

de.rt.com: **Nachfolger von Sarif nominiert: Iran setzt Anreicherung von Uran fort**

Iran soll die Herstellung von fast für Atomwaffen tauglichem Uran ausgeweitet haben. Mit der Nominierung von Hossein Amir-Abdollahian zum Außenminister, die vom iranischen Parlament bestätigt werden soll, wird Iran einen neuen Kurs in der Außenpolitik fahren. Iran hat laut der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) die Herstellung von fast atomwaffentauglichem Uran ausgeweitet. Wie die IAEA in Wien mitteilte, hat das Land in seiner Anreicherungsanlage in Natanz eine zweite Produktionseinheit in Betrieb genommen, um Uran mit einem Reinheitsgrad von 60 Prozent herzustellen. Außerdem teilte die IAEA mit, Iran habe bereits 200 Gramm Metall aus 20-prozentigem Uran hergestellt, berichtet AP. Die Regierung in Teheran erklärt, auf diese Weise Brennstoff für einen Forschungsreaktor zu entwickeln.

Nach dem einseitigen US-Ausstieg aus dem Atomdeal (JCPOA) im Jahr 2015 unter der Trump-Regierung zieht sich Teheran schrittweise aus der internationalen Vereinbarung zurück. Die USA verfolgen seither eine Politik des "maximalen Drucks", die sich bereits als gescheitert erwiesen hatte. Die im April aufgenommenen Verhandlungen über einen Neustart des Atomabkommens in Wien waren nach der Wahl des neuen iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi vorerst zum Stillstand gekommen.

Der Oberste Führer Irans Ali Chamenei betonte mehrfach, dass Iran erst dann zu seinen Verpflichtungen im Rahmen des JCPOA zurückkehren werde, wenn das Land feststellen könne, dass die Sanktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat aufgehoben worden seien. Der neu gewählte iranische Präsident Ebrahim Raisi, der dem konservativen Lager nahesteht, wird voraussichtlich diese Strategie bezüglich der möglichen Rückkehr Irans zu den Verpflichtungen im Rahmen des Atomdeals verfolgen.

Der 57-jährige Diplomat Amir-Abdollahian wurde kürzlich von Irans neuem Präsidenten Ebrahim Raisi als Nachfolger von Außenminister Dschawad Sarif nominiert. Mit dieser Nominierung, die vom iranischen Parlament bestätigt werden soll, könnten die festgefahrenen Verhandlungen zur Wiederherstellung des iranischen Atomabkommens endlich weitergeführt werden.

Amir-Abdollahian, der Berater von Parlamentssprecher Mohammad Bagher Ghalibaf, unterhält gute Beziehungen zu der Iranischen Revolutionsgarde. Mit Amir-Abdollahian als Außenminister scheint in der iranischen Diplomatie eine neue Ära zu starten, in der die Beziehungen zur Achse des Widerstands – Hamas, Syrien, Irak, Jemen, Libanon – verstärkt werden soll. Er war wegen Differenzen mit dem amtierenden Außenminister Sarif als Verantwortlicher für die arabischen Länder abgesetzt worden und wurde Berater von Parlamentssprecher Mohammad Bagher Ghalibaf.

Die Verbündeten der USA, die nicht an dem Abkommen beteiligt sind – wie Israel und Saudi-Arabien – haben mehrfach darauf gedrängt, dass das Atomabkommen auch auf das Raketenarsenal Irans erweitert werden müsse, um damit Irans Einfluss in der Region einzudämmen. Amir-Abdollahian hatte bereits mehrfach betont, dass die militärischen Fähigkeiten Irans nicht verhandelbar seien. Iranische Medien haben in letzter Zeit allerdings berichtet, dass der Oberste Nationale Sicherheitsrat die Atomgespräche in Wien wieder vom Außenministerium übernehmen dürfte. Unter der Ahmadinedschād-Regierung war der Oberste Nationale Sicherheitsrat in Iran zuständig für die Atom-Verhandlungen mit den Großmächten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611d572848fbef54e02f4b18.jpg>

ukrinform.de: **Selenskyj plädiert für Sanktionen gegen Business russischer Beamter**

Präsident Wolodymyr Selenskyj ist überzeugt, dass die Ukraine Sanktionen gegen Russen verhängen sollte, wo sie wirkliche Auswirkungen haben. Er appelliert an Länder, die durch ihre Sanktionen auf Geschäfte, Immobilien oder Konten russischer Beamter, die an politischen Repressionen auf der Krim beteiligt sind, Einfluss ausüben können. Dies sagte Präsident in einem Interview für Krim-Journalisten, dass Ukrajinska Prawda veröffentlichte.

Präsident wies darauf hin, dass es Staaten wie die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien gebe, die mit ihren Sanktionen realistisch „entschlossen gegen einige russische Beamte und zeitweilige Beamte auf der Krim agieren können, die irgendwo im Ausland etwas haben“. Ihm zufolge erwäge die ukrainische Seite mit ihnen solche Sanktionen, und sie seien wirksam.

Selenskyj machte ferner deutlich, dass die Ukraine viele personelle Sanktionen gegen das russische Militär verhängt habe.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_08/thumb_files/630_360_1629362487-606.jpeg

de.rt.com: **Machtkampf in Kiew: Klitschko soll als Chef der Stadtverwaltung entlassen werden**

Laut Medienberichten wird der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, aus seinem zweiten Amt, dem als Verwaltungschef der Hauptstadt, entfernt. Nach jahrelangem Machtkampf würde sich damit Präsident Selenskij gegen Klitschko durchsetzen. Er lässt die Staatsanwaltschaft wegen Korruption ermitteln.

Der ehemalige Profiboxer und amtierende Bürgermeister von Kiew Vitali Klitschko wird womöglich bald aus seinem Amt als Chef der Verwaltung der Stadt Kiew entfernt werden. Laut offiziell bisher nicht bestätigten Meldungen würde ein Minister aus der Regierung unter Präsident Wladimir Selenskij für die Nachfolge Klitschkos abgestellt werden.

Am 16. August veröffentlichte Klitschko eine Videobotschaft auf Facebook, in der er die ukrainischen Behörden beschuldigte, ihn zu diffamieren und an der Ausübung seines Amtes als Bürgermeister zu hindern.

Seit 2010 ist das Amt des Bürgermeisters von Kiew von der faktischen Macht in der Verwaltung weitgehend getrennt. Während der Bürgermeister weiterhin von den Bürgern gewählt wird, obliegt die Ernennung des Chefs der Stadtverwaltung dem Präsidenten des Landes.

Klitschko ist seit 2014 Bürgermeister und Verwaltungschef Kiews. Nach den Maidan-Protesten 2014 wollte er zunächst für das Präsidialamt kandidieren, verzichtete aber und trat stattdessen zur Wahl als Bürgermeister an, die er im Mai 2014 mit knapp 57 Prozent der Stimmen gewann. Bei den Präsidentschaftswahlen unterstützte er den späteren Gewinner, Petro Poroschenko.

Im Juni 2014 wurde Klitschko von Präsident Poroschenko zum Chef der Stadtverwaltung von Kiew ernannt. Bei der Wahl 2015 wurde Klitschko mit 66,5 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Bürgermeister bestätigt. 2020 wählten ihn 50,5 Prozent der Kiewer zum dritten Mal zu ihrem Oberhaupt.

Laut einem Bericht des Tagesspiegels soll Selenskij bereits seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 versucht haben, Klitschko zu entmachten. Damals hatte das Anti-Korruptionsbüro der Ukraine gegen Klitschko und zwei seiner Stellvertreter wegen Hochverrats und Veruntreuung ermittelt. Der Hintergrund soll Klitschkos Zugehörigkeit zum politischen Gegner und ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko gewesen sein.

Mit Klitschkos Absetzung vom Posten als Verwaltungschef wäre er faktisch entmachtet. Den langen Kampf um die politische Kontrolle der ukrainischen Hauptstadt hätte die Regierung unter Präsident Selenskij damit vorerst für sich entschieden.

Klitschko spricht von systematischem Druck

In einem Video, das Klitschko am 16. August auf seiner Facebookseite postete, beschwerte er sich öffentlich darüber, dass man ihn aus seinem Amt entfernen wolle. Ständig würden

Strafverfolgungsbehörden Untersuchungen in den Unternehmen der Stadt Kiew durchführen. Dadurch werde systematisch Druck auf ihn ausgeübt. Klitschko gab zudem an, dass er der Ansicht sei, dass man ihn bald durch einen Strohmännchen der Regierung ersetzen wolle.

"Diese Aktionen zielen darauf ab, die Behörden der Hauptstadt und mich persönlich zu diskreditieren und Hindernisse für die Durchführung von Projekten zu schaffen, die für die Stadt und die Kiewer Bürger wichtig sind. Und das mit dem einzigen Ziel, meinen Ruf zu schädigen."

Bei den städtischen Unternehmen mit den meisten Ressourcen führten Strafverfolger und Steuerbeamte seit Mai 2021 bereits mehrere Durchsuchungen durch. Schon damals hatte sich Klitschko mit einer Videobotschaft an die Öffentlichkeit gewandt und das Vorgehen der Behörden als politischen Druck kritisiert.

Laut ukrainischen Medienberichten soll die Generalstaatsanwaltschaft im Büro des Bürgermeisters von Kiew eine kriminelle Vereinigung aufgedeckt haben. Dazu gehörten fünf Klitschko unterstellte Beamte in der Abteilung für Verkehrsinfrastruktur der Stadtverwaltung. Gemeinsam mit privaten Unternehmen sollen sie ein betrügerisches Geschäft mit fälschlich abgeschleppten Autos organisiert haben.

In der selben Abteilung soll die Staatsanwaltschaft zudem am 16. August Durchsuchungen beim Auftraggeber und beim Auftragnehmer wegen möglicher Verluste von 4,5 Millionen Griwna (ca. 144.000 Euro) beim Bau einer Brücke eingeleitet haben.

Ebenfalls am 16. August durchsuchten Strafverfolger das städtische Unternehmen Kievvodfond wegen der möglichen Veruntreuung von mehr als sieben Millionen Griwna (ca. 224.000 Euro), die für Wassertanks und öffentliche Toiletten vorgesehen waren.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611cff5bb480cc414133c4bb.png>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 19.08.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer des 15. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Shabunki** beschossen und 18 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

In Richtung Gorlowka haben Strafruppen der 25. Brigade von den Positionen im Gebiet von Kamenka aus **Krutaja Balka** mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer des 108. Gebirgssturmbataillons der 10. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aus **Dolomintnoje** beschossen und zwei Granaten mit Antipanzergrenatwerfern abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 93. Brigade sieben Mörsergeschosse des Kalibers 120mm von den Positionen im Gebiet von Starognatowka in Richtung **Belaja Kamenka** abgefeuert.

Kämpfer der 128. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen in Wodjanoje und Schirokino aus **Leninskoje** beschossen und acht 82mm-Mörsergeschosse und acht Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus acht Granaten mit Antipanzergranatwerfern auf **Staromichajlowka** abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde der Zaun eines Wohnhauses in der Kozjubinskij-Straße 42 beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Fälle von Beschuss wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Im Zusammenhang mit erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Feueinstellung von Seiten der BFU einzusetzen waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik entsprechend den Punkten „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung gezwungen, das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern.

Infolge der erwidern den Handlungen wurde eine Mörsermannschaft des Gegners vernichtet.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueinstellung und zur Einstellung des Terrors gegen die friedlichen Bevölkerung der Republik zu zwingen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Luganskoje.

Die Volksmiliz beobachtet weiter den Gegner, um rechtzeitig auf von ihm ausgehende Bedrohungen zu reagieren.

In den letzten 24 Stunden haben **Informationen über geplante Provokationen in Richtung Donezk** erhalten. So ist auf Anweisung der Kommandeurs der 25. Brigade Sentschenko die Verladung von 50 Brandmörsergeschossen am Feldartillerielager im Gebiet von Dobropolje und deren Transport auf die Positionen des 2. Bataillons der 25. Brigade im Gebiet von Nowomichajlowka geplant. Zur Deckung erfolgt der Transport der Munition in einem SIL-Lastwagen mit Symbolen der Ukraine im GZKK.

In **Richtung Mariupol** haben unsere Beobachter die **Installation von Sprengeinrichtungen** an den Zugängen zu den Positionen des 2. mechanisierten Bataillons der 93. Brigade im Gebiet von Grannitnoje bemerkt.

Wir empfehlen den Einwohnern der umliegenden Ortschaften den Verkehr in der Nähe der Kontaktlinie zu vermeiden, um ihr Leben und ihre Gesundheit zu bewahren.

In den Verbänden und Truppenteilen der OOS geht der planmäßige **Diebstahl von militärischem Material, Waffen und Munition** weiter, um diese dann in die Tiefe des Landes zu bringen.

So haben Mitarbeiter der Verkehrspolizei auf der Straße Silodowo-Pokrowsk einen Soldaten des 13. Bataillons der 58. Brigade, Feldwebel Chmyrow, mit einem ganzen Arsenal von

Munition für Schusswaffen und Granaten festgenommen.

Bei der Festnahme von Feldwebel Chmyrow und der Durchsuchung des zivilen Ford Focus, mit dem er fuhr, wurden 20 F-1- und RGD-5-Granaten, vier Zünder „USRGM-2“, ein Elektrodetonator und etwa 1000 Patronen für Schusswaffen verschiedenen Kalibers entdeckt. In den ukrainischen bewaffneten Formationen wurden wieder **nicht kampfbedingte Verluste** festgestellt.

Gemäß Materialien einer dienstlichen Untersuchung durch Mitarbeiter der Donezker Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes starb am 17. August auf den Positionen des 2. Bataillons der 28. Brigade der Gefreite Masur infolge unvorsichtigen Umgangs mit der Waffe. Es wurde festgestellt, dass der Soldat Masur zufällig beim Trinken alkoholischer Getränke von seinem Kameraden, dem Soldaten Masepka mit einer AK-74 getötet wurde. Der Schütze Masepka wurde in die psychiatrische Abteilung eines Krankenhauses in Krasnoarmejsk eingeliefert.

Die wahren Ursachen des Vorfalles werden bis jetzt vom Brigadekommando sowohl gegenüber dem übergeordneten Stabs als auch den Verwandten der Soldaten verheimlicht.

Außerdem haben wir Informationen über die **Zunahme der Zahl von Vorfällen und Gesetzesverletzungen** in der OOS-Zone im Zusammenhang mit dem nicht zufriedenstellenden moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Soldaten und dem Unwillen, den Dienst in den ukrainischen Streitkräften fortzusetzen, erhalten.

Nach Angaben operativer Quellen im Stab der 56. Panzergrenadierbrigade, die in Mariupol stationiert ist, haben seit Anfang August elf Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen. Ihre Identität wurde ermittelt: Stabsfeldwebel Gzenko, Gefreiter Budtschenko, Feldwebel Demidenko, Soldat Murusow, Soldat Jurtschenko, Gefreiter Besedin, Soldat Predoljak, Feldwebel Milaschjus, Soldat Schtejnikow, Soldat Kirilenko, Gefreiter Melnitschu. Die Leiche des Letzteren wurde 20 Meter von der Küste des Asowschen Meeres im Gebiet von Pokrowsk gefunden. Das Schicksal der übrigen zehn Soldaten ist dem Brigadekommando unbekannt.

de.rt.com: **Lawrow spricht sich für Dialog in Afghanistan aus – EU bedauert westliche "Katastrophe"**

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat am Donnerstag erklärt, dass sein Land bereit sei, einen nationalen Dialog in Afghanistan zu fördern. Derweil beklagten führende westliche Politiker den Sturz der prowestlichen Regierung in Kabul als "Katastrophe".

Russland hat erklärt, dass er einen nationalen Dialog befürwortet, an dem alle politischen Kräfte Afghanistans beteiligt sind. Moskau begrüße die jüngste Erklärung der Taliban, dass sie zu einem solchen Dialog bereit seien, so der russische Außenminister Sergei Lawrow. Der russische Spitzendiplomat erklärte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz:

"Wir haben auch die jüngste Erklärung der Taliban begrüßt, dass sie in einen Dialog mit anderen politischen Kräften in Afghanistan eintreten wollen. Es wurde bereits ein Treffen angekündigt, an dem Abdullah Abdullah, der Vorsitzende des Obersten Rates für nationale Aussöhnung, der ehemalige Präsident Hamid Karzai und der Vorsitzende der Partei der Islamischen Renaissance Hekmatyar teilnehmen werden."

Der russische Außenminister betonte, dass Moskau davon ausgehe, dass alle diese Kräfte den Wunsch hätten, im Interesse des afghanischen Volkes zu verhandeln. Er versicherte, dass Russland alles in seiner Macht Stehende tun werde, um den Dialog zu fördern und sicherzustellen, dass dieser Dialog zu konkreten Vereinbarungen führe.

In diesem Zusammenhang erklärte Lawrow, dass Russland bereit sei, das sogenannte "Moskauer Format" der Gespräche über Afghanistan wieder aufzunehmen. Er wies darauf hin, dass neben den innerafghanischen Kräften alle fünf zentralasiatischen Staaten sowie China, Pakistan, Indien, Iran und die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit an den Verhandlungen im Moskauer Format teilgenommen hätten. Er sagte:

"Wir haben noch keine offiziellen Vorschläge gemacht, aber die Effektivität dieser Gruppe bei der Verfolgung der afghanischen Verhandlungen wurde immer von allen anerkannt, und wir werden bereit sein, dieses Format wieder aufzunehmen, wenn es für angemessen erachtet wird."

Russland ist seit April 2017 Gastgeber der Konsultationen des "Moskauer Formats" zu Afghanistan, deren erklärtes Ziel es ist, einen nationalen Aussöhnungsprozess zu erleichtern und den Frieden in dem von Krieg zerrütteten Land zu sichern.

Derweil erklärte der Spitzendiplomat der Europäischen Union Josep Borrell, man dürfe nicht erlauben, dass Russland und China die Kontrolle über die Situation in Afghanistan übernehmen, schrieb der Brüsseler Korrespondent des Wall Street Journals auf Twitter. Er bezeichnete den Sturz der dortigen Regierung als "Katastrophe für die Werte und die Glaubwürdigkeit des Westens", berichtete die Deutsche Presseagentur. Er sprach von einem "Albtraum".

Auch der britische Verteidigungsminister Ben Wallace bedauerte am Donnerstag, dass der Westen nun von seinen Rivalen, zu denen er Russland zählte, als "schwach" betrachtet werde, meldete die Agentur Reuters.

Bundeskanzlerin Angela Merkel soll am 25. August eine Regierungserklärung zu Afghanistan vor dem Bundestag abgeben, berichtete die dpa unter Berufung auf Regierungskreise.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611e3befb480cc52993dbe8e.jpg>

snews.de: **Taliban-Sprecher gibt israelischem Sender versehentlich Interview – und spricht von Täuschung**

Der Sprecher der Taliban, Suhail Shaheen, hat dem israelischen Fernsehsender „Kan 11“ ein Interview gegeben und später eine Täuschung als Grund dafür angegeben. Dies berichtet die Zeitung „The Times of Israel“.

Das am Dienstag ausgestrahlte Interview mit dem israelischen Journalisten Roi Kais habe für eine Überraschung gesorgt, da es so ausgesehen habe, dass Shaheen zugestimmt habe, mit einem Israeli zu sprechen, hieß es. Dabei habe Kai seinen TV-Sender angegeben, aber nicht präzisiert, aus welchem Land er stamme.

In dem Interview sagte Shaheen, die Taliban würden nicht-muslimische Minderheiten in Afghanistan schützen, darunter Zebulon Simantov, welcher als der letzte dort lebende Jude bekannt sei. Er gab auch an, dass die Taliban keine Verbindungen zu der im Gazastreifen herrschenden islamistischen Hamas-Bewegung haben würden, die die Existenz Israels ablehne.

Einige Stunden danach habe er jedoch getwittert, keine Ahnung gehabt zu haben, mit wem er da gesprochen habe. Nachdem die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen hätten, habe er jeden Tag viele Interviews mit Journalisten gehabt, schrieb Shaheen.

„Einige Journalisten tarnen sich vielleicht, aber ich habe noch kein Interview mit jemandem

geführt, der sich als ein Vertreter der israelischen Medien vorstellte.“

Suhail Shaheen wurde an der Universität Kabul ausgebildet. Während der ersten Taliban-Herrschaft (1996-2001) war er Redakteur deren englischsprachiger Zeitung „Kabul Times“. Danach war er stellvertretender Botschafter in Pakistan. Nach dem Einmarsch der US-Truppen ins Land 2001 zog er nach Katar, wo er Sprecher des Taliban-Politbüros wurde. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/13/3289415_0:34:2834:1628_1920x0_80_0_0_f17141644d7b719589f252d9e9a7edc7.jpg

de.rt.com: **Kabul: Gespräche zwischen Taliban-Führern und Spitzenpolitikern der Ex-Staatsmacht**

In der afghanischen Hauptstadt Kabul fanden am Mittwoch hochrangige Gespräche zwischen Vertretern der Taliban und mehreren einflussreichen Politikern der bisherigen Staatsmacht statt. Am Vortag war eine Delegation von Mitgliedern des Politischen Büros der Taliban im Land eingetroffen.

Laut afghanischen Medienberichten hat sich am Mittwoch in Kabul eine hochrangige Delegation der Taliban mit prominenten Politikern der untergegangenen Islamischen Republik Afghanistan getroffen, darunter auch mit einem früheren Präsidenten, Hamid Karzai. Auf der Seite der Taliban führte Anas Haqqani die Gespräche. Er ist der Sohn des bekannten Mudschahedin-Kommandeurs und Gründers des sogenannten Haqqani-Netzwerkes Dschalaluddin Haqqani, der sich im Jahr 1995 den Taliban anschloss. Sein anderer Sohn Siradschuddin Haqqani gilt als Anführer des Netzwerkes und ist ein stellvertretender Anführer der Taliban. Die Taliban trafen sich auch mit Abdullah Abdullah, der in den 1990er Jahren als enger Vertrauensmann des Anti-Taliban-Kämpfers Ahmad Schah Massoud galt und später als Außenminister, Premierminister und Vorsitzender des Hohen Rats für Nationale Versöhnung diente.

Abdullah bestätigte auf Twitter die Gespräche. Ihm zufolge tauschten sich die Parteien über die Sicherheit der afghanischen Bürger sowohl in der Hauptstadt als auch in den übrigen Gebieten aus. Auch besprachen sie die "Einheit und Zusammenarbeit für die Zukunft des Landes". Abdullah habe die Taliban-Delegation gebeten, die Sicherheit und den Schutz des Lebens sowie die Würde des Volkes zu priorisieren. Der erfahrene Politiker habe seine Position bekräftigt, dass er ein unabhängiges und einheitliches Afghanistan auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit unterstütze. Die Geschichte zeige, dass es bei Abwesenheit von sozialer Gerechtigkeit unmöglich sei, die Sicherheit zu gewährleisten und die nationale Einheit zu stärken.

Laut einem Sprecher des früheren afghanischen Präsidenten Karzai, der das Land zwischen 2001 und 2014 regierte, handele es sich bei den Gesprächen um Vorbereitungen für Verhandlungen mit dem politischen Anführer der Taliban, Mullah Abdul Ghani Baradar, schrieb die Agentur Associated Press.

An dem Treffen nahm auch der Sprecher des Oberhauses des afghanischen Parlaments Fasal Haid Muslimyar teil.

Der Taliban-Anführer Haqqani habe den Teilnehmern der Beratung versichert, dass die Taliban hart arbeiten werden, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und bat dabei um die Unterstützung der politischen Anführer.

Wie der afghanische Sender ToloNews berichtete, hatte zuvor ein Mitglied des Politischen Büros der Taliban erklärt, dass der stellvertretende Anführer der Taliban Mullah Abdul Ghani Baradar und acht weitere hochrangige Taliban-Vertreter am Dienstag von Katar aus nach Afghanistan eingereist seien. Zugleich erklärte der Sprecher, dass die Taliban niemanden mehr als Feind ansehen würden.

Derweil rechtfertigte der ehemalige Präsident Aschraf Ghani in einer Videobotschaft aus den Vereinigten Arabischen Emiraten seine Flucht aus Kabul. Wäre er geblieben, wäre es zu einem Blutbad in Kabul gekommen, sagte er. Sein Sicherheitsteam habe ihn überredet, das Land zu verlassen. Er bestritt Vorwürfe, dass er mit einer großen Menge Bargeld geflohen sei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611e245d48fbef54df1ec503.JPG>

snanews.de: **Russlands Außenministerium macht flüchtigen Ghani für Lage in Afghanistan verantwortlich**

Nach Auffassung des russischen Außenministers Sergej Lawrow hatte die afghanische Regierung unter Präsident Ghani den ernsthaften Willen vermissen lassen, Vereinbarungen mit den Taliban umzusetzen. Für die Zustände in Afghanistan ist somit nach Darstellung Moskaus der flüchtige afghanische Präsident verantwortlich.

In Bezug auf die Lage in Afghanistan sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz: „Es ist passiert, was eben passiert ist. Wenn Politiker es nicht schaffen, effektiv zu arbeiten, steigt das Risiko der Versuchung einer militärischen Lösung.“

Damit verwies der russische Außenminister auf die fehlende Bereitschaft der afghanischen Zentralregierung unter Aschraf Ghani, eingegangene Verpflichtungen mit den Taliban zu erfüllen. „Die Regierung Afghanistans und dessen Präsident waren nicht wirklich aktiv darauf aus gewesen, die erzielten Vereinbarungen umzusetzen.“

Möglichkeiten, einen friedlichen Übergang hin zu einer neuen Regierung zu schaffen, seien Ghani allerdings gegeben worden – darauf hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber Journalisten hingewiesen. Der afghanische Präsident habe in den letzten drei Jahren über alle Möglichkeiten verfügt, „um den Erfolg des Friedensprozesses innerhalb Afghanistans zu sichern und die schrittweise Bildung einer inklusiven Regierung unter Beteiligung aller ethnopolitischen Kräfte des Landes zu fördern. Diese Chance ist jedoch vertan worden.“

Jetzt sei das Land in den Händen der Taliban – und die haben sich nach den Worten von

Sacharowa „aktiv daran gemacht, für Ordnung zu sorgen, und zeigen die Bereitschaft zum Dialog mit einflussreichen politischen Führern des Landes“. ...

abends:

dnr-sckk.ru: Erklärung der DVR im GZKK zur Verschleierung ihr bekannter Verstöße von Seiten der BFU durch die OSZE-Mission

In ihrer täglichen Analyse der Berichte der OSZE-Mission stellt die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess immer öfter fest, dass die Berichterstattung unvollständig ist, dass erhebliche Diskrepanzen zwischen den in den Berichten enthaltenen Informationen und der objektiven Realität bestehen und dass sogar Verstöße durch die BFU, die der Mission bekannt sind, verheimlicht werden.

So wurde beispielsweise bisher in keinem der Berichte der Mission der Fall einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU am 2. August in Kominternowo erwähnt, die zu zivilen Opfern führte: Ein Mann und eine Frau wurden verletzt und die Frau erlag am nächsten Tag, dem 3. August, im zentralen Bezirkskrankenhaus in Nowoasowsk ihren Verletzungen.

Eine Patrouille der OSZE-Mission besuchte am 4. August mit Unterstützung der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess bezüglich eines ungehinderten Zugangs nach Kominternowo die Ortschaft, um die militärische Aggression der BFU vom 2. August zu überprüfen. Zu demselben Zweck besuchten die Beobachter der Mission die Ortschaft am 10. August erneut zur gleichen Zeit wie die Vertreter der UN-Mission.

In Anwesenheit von Mitgliedern beider internationaler Organisationen, die sich in der Nähe aufhielten, warfen zwei Drohnen der BFU in unmittelbarer Nähe von ihnen Sprengsätze auf das Gebiet von Kominternowo ab, praktisch auf dasselbe Gebiet, in dem am 2. August friedliche Einwohner verletzt worden waren. So kamen sowohl die Beobachter der OSZE-Mission als auch die Vertreter der UN-Mission, die zur gleichen Zeit in die Ortschaft kamen, nicht umhin, Zeugen dieses Vorfalls zu werden.

Außer von den Vertretern der internationalen Beobachterorganisationen wurde dieser Fall auch von Einwohnern der Ortschaft und Einheiten der Volksmiliz der DVR beobachtet, die auch über die Umstände der bewaffneten Aggression von Seiten der BFU berichteten sowie versuchten, die Drohnen mit Schusswaffen abzuschießen.

Wir erinnern daran: Gemäß Punkt 7 des Memorandums vom 19.09.2014 sind Flüge von Flugzeugen und unbemannten Luftfahrzeugen mit Ausnahme der Drohnen der OSZE-Mission in der Konfliktzone verboten. Ein ähnliches Verbot des Einsatzes von Drohnen durch die Konfliktseiten ist in der geltenden Fassung der von allen Teilnehmern der Kontaktgruppe unterzeichneten Maßnahmen zur Verbesserung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung enthalten.

Darüber hinaus verstößt der Einsatz von Kampfdrohnen gegen die in der Genfer Konvention von 1949 festgelegten Regeln der Kriegsführung, da der Angriff der Drohne der BFU nicht auf eine militärische Einrichtung, sondern auf eine Ortschaft gerichtet war, in der friedliche Bürger leben. Dennoch setzten die BFU den Einsatz von Kampfdrohnen ungestraft fort und die OSZE-Mission verheimlicht diese Fälle von Verstoß.

Diese Situation ruft ernste Besorgnis hervor und zeugt nach unserer Meinung von der Verschleierung von von Vertretern der Mission gesehenen Fakten einer militärischen Aggression der BFU, die gegen Zivilisten gerichtet ist.

Wir müssen feststellen, dass die Mission aus für uns nicht nachvollziehbaren Gründen zunehmend gegen OSZE-Prinzipien verstößt und eindeutig den Interessen einer der Parteien zugeneigt ist. Anders können wir uns nicht erklären, warum die Mission in ihren Berichten immer noch nicht auf die Verstöße der BFU und deren tragische Folgen sowie auf den Einsatz

von Kampfdrohnen in der Ortschaft Kominternowo eingegangen ist, obwohl ihre Beobachter die Siedlung zweimal besucht haben.

Gleichzeitig bleiben alle unsere mehrfachen Versuche, von den Vertretern der OSZE-Mission die Gründe für diese Entwicklung zu erfahren, unbeachtet. Vor diesem Hintergrund zeigen die Vertreter der Mission direkt professionelle Superkräfte, wenn es darum geht, die Folgen von Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung auf dem von Kiew kontrollierten Territorium Gebieten operativ und so detailliert wie möglich zu erfassen.

So hat es die Mission z. B. Kürzlich tatsächlich fertig bekommen, mit Hilfe einer Drohne nur anhand eines „Spur auf dem Boden“ festzustellen, dass diese Spur auf dem Boden durch die Detonation eines Artilleriegeschosses in der Luft stammt, das aus einer völlig dem Kontext entnommenen Richtung kam. Die Frage bleibt offen: Warum gibt es auf unserem Territorium keine Spezialisten dieses Levels unter den Vertretern der Mission?